

Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts

Beschlossen : 75. Ordentlicher Landesparteitag am 25. März 2017 in Braunschweig : 25.03.2017

Der Landesparteitag hat beschlossen:

- Weitere Verschärfungen des Waffenrechts werden abgelehnt.
- Statt einer Verschärfung des Waffenrechts müssen alle Anstrengungen auf den illegalen Waffenhandel und -schmuggel konzentriert werden.
- Auf verdachtsunabhängige Kontrollen in Privathäusern und Wohnungen von Besitzern legaler und registrierter Waffen muss verzichtet werden.
- Das Waffenrecht muss durch Straffung und Systematisierung wieder transparent gemacht werden; Rechtssicherheit muss auch für Nichtjuristen gelten.
- Die EU-Kommission wird aufgefordert, endlich belastbare Ergebnisse ihrer Anstrengungen gegen den illegalen Waffenhandel und -schmuggel vorzulegen.
- Zwangsweise Lagerung von Waffen und Munition wird abgelehnt.
- Die Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich mit aller Deutlichkeit gegen die Bremische Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Waffenrechts auszusprechen
- Und parlamentarisch darauf hinzuweisen, dass sich die Niedersächsische Landesregierung gegen die Bundesratsinitiative Drucksache 5/17 positioniert